

F+ Grönland: Mit ein paar Soldaten macht Europa mobil gegen den US-Imperialismus

Die Begehrlichkeiten der USA zur Übernahme der Arktis-Insel zeugen von einer imperialen Zeitenwende, die diesmal vom Westen ausgeht und sich auf den Westen auswirkt. Die Grönland-Frage konterkariert die NATO

Von **Johannes Varwick**

15.01.2026



Man sei sich nicht einig, wolle aber im Gespräch bleiben, erklärte Dänemarks Außenminister Lars Rasmussen am 14. Januar nach dem Treffen im Weißen Haus [↗](#). Worin besteht der Dissens? Er entzündet sich an der Frage, ob – so deutlich muss man es sagen – ein NATO-Staat einen anderen NATO-Staat filetieren, Grenzen verschieben und notfalls mit militärischer Übermacht Fakten schaffen darf.

Genau das haben die USA mit Blick auf Grönland vor, das völkerrechtlich unstrittig Teil des Königreichs Dänemark ist. Der grönländische Premier Jens-Frederik Nielsen stellt immer wieder klar, die Insel wolle Teil Dänemarks bleiben. Donald Trump entgegnete, das sei allein dessen Problem – er kenne den Mann nicht.

Von diesen Kontingenten werden sich die Amerikaner nicht abschrecken, schon gar nicht aufhalten lassen

Die bisherige Bündnislogik der NATO war auf die Abwehr äußerer Bedro-

Die bisherige Doktrinologie der NATO war auf die Außenwelt abgestimmt. Bedrohungen geeicht, nun sind es innere Differenzen, denen es nicht an einer militärischen Komponente fehlt, die das relativieren, wenn nicht erheblich in Frage stellen. Donald Trump stört das nicht, er begründet seine Ambitionen mit der nationalen Sicherheit. Die bestehende US-Militärbasis auf Grönland reiche angesichts einer wachsenden strategischen Bedeutung der Arktis nicht mehr aus.

In der Tat verändern der Klimawandel, neue Schifffahrtsrouten und globale Lieferketten die geopolitische Lage in dieser Region, wozu gewiss auch beiträgt, dass Russland und China ihre Präsenz ausbauen.

„Acquiring Greenland“ hat daher Priorität für das Weiße Haus. „Acquiring“ kann Erwerb oder Übernahme bedeuten. In Washington kursieren drei Szenarien: eine Unabhängigkeit Grönlands mit anschließender Eingliederung in die USA, ein Kauf der Insel oder eine gewaltsame Annexion.

Deutschland und Frankreich suchen in dieser Lage Zuflucht bei einem symbolischen Aktionismus, wenn vorübergehend 13 Bundeswehrsoldaten ☒ auf die Arktis-Insel ☒ entsandt werden. Offiziell sollen „Rahmenbedingungen für mögliche militärische Beiträge zur Unterstützung Dänemarks“ ausgelotet werden. Was ist von dieser nebulösen Ankündigung zu halten?

Frankreich scheint ähnliche Absichten zu hegen, wenn Präsident Emmanuel Macron ☒ verkündet, erste französische Militärangehörige seien auf dem Weg – weitere würden folgen. Von diesen Kontingenten werden sich die Amerikaner nicht abschrecken und schon gar nicht aufhalten lassen. Dass durch ein paar Dutzend europäische NATO-Soldaten der politische Preis für ein denkbares US-Vorgehen gegen Grönland hochgetrieben wird, ist ebenfalls nicht zu erwarten.

Vielleicht sollte man zunächst einmal nicht verdruckst von möglichen militärischen Beiträgen „zur Unterstützung Dänemarks“ reden, sondern ganz klar von „Verteidigungsmaßnahmen“ sprechen? Das wäre ein Anfang, anstatt beflissen und angsterfüllt vermeiden zu wollen, dass sich die westliche

Führungsmacht USA endgültig abwendet. Nur ist die sich selbst sehr viel näher als jedem Bündnis, das seine beste Zeit wohl hinter sich hat.

Jede NATO-Reaktion auf eine US-Annexion Grönlands würde an einem US-Veto scheitern

Immerhin haben sich sieben europäische NATO-Staaten schon vor den Washingtoner Gesprächen demonstrativ hinter Dänemark gestellt. In einer gemeinsamen Erklärung betonten sie, Entscheidungen über Grönland seien allein Sache Dänemarks und Grönlands. Sollte Trump die Sache militärisch regeln, ließe sich dies kaum verhindern. Die USA können jederzeit Truppen landen und die Insel faktisch annektieren.

Es muss kein Blut fließen, denn bewaffneter Widerstand wäre aussichtslos. Vor allem, von wem sollte er kommen? Die NATO wäre handlungsunfähig, da jede Reaktion auf eine Annexion Grönlands am amerikanischen Veto scheitern würde. Ob das Bündnis einen solchen Schritt überlebt, ist fraglich.

Noch ist offen, ob die USA diesen Bruch der transatlantischen Ordnung tatsächlich vollziehen wollen. Dies zu verhindern, wäre besonders dem US-Kongress vorbehalten. Möglich aber auch, dass die Grönland-Frage der Tropfen ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Das wäre dann nicht weniger als eine imperiale Zeitenwende, diesmal jedoch eine des Westens, der sich mit viel Sinn für die Nachhaltigkeit einer solchen Entwicklung in Frage stellt. **F**